

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanleihe
Tageblatt Rieser
Fremd Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52
Dresden 1530.
Verleger:
Rieser Nr. 52.

Nr. 187.

Donnerstag, 11. August 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Papen oder Hitler?

Die Entscheidung liegt allein bei Hindenburg. Unterredung Papen — Hitler erst Freitag.

10. Berlin. Reichspräsident von Hindenburg ist bekanntlich am Mittwoch früh in Berlin eingetroffen, um heute Donnerstag bei der traditionellen Verfassungsfeier der Reichsregierung im Reichstage anwesend zu sein. Die Absicht, dann sofort wieder nach Meudon zurückzukehren, hat Hindenburg, wie verlautet, aufgegeben, weil die jetzt in Gang gekommenen Verhandlungen über die Regierungs-umbildung zu der Hoffnung berechtigen, daß die Regierungsfrage im Reich noch in dieser Woche gelöst werden kann. Reichswehrminister v. Schleicher hatte vor einigen Tagen eine Unterredung mit Adolf Hitler, er hat darüber den Reichskanzler informiert und von Papen hat daraufhin am Mittwoch dem Reichspräsidenten über die Kabinettsfrage Vortrag gehalten. Am Mittwoch abend beriet das Reichskabinetts mehrere Stunden über diese Frage. Man nimmt an, daß der Reichskanzler heute Donnerstag die ersten Besprechungen mit Parteiführern haben wird, und zwar voraussichtlich zunächst noch einmal mit Adolf Hitler, der gleichfalls in Berlin geblieben ist, dann auch mit Vertretern der anderen zur Reichsstaatsbildung im Reichstage erforderlichen Parteien, nämlich des Zentrums und der Deutschnationalen.

An dem Gedanken einer Präsidialregierung, wie sie das Kabinetts von Papen darstellt, halten Reichspräsident und Reichsregierung offenbar auch weiterhin fest. Es fragt sich nur, ob die neue Regierung wieder unter der Führung des Herrn von Papen stehen soll. Das Zentrum hat Herrn von Papen von Anfang an heftig bekämpft. Auch die Nationalsozialisten lehnen es ab, in der Regierung nur eine untergeordnete Rolle zu spielen, alle ihre Presseäußerungen zielen in der Forderung, daß Hitler selbst Reichskanzler werden soll. Herr von Papen ist vielleicht nicht abgeneigt, die Reichskanzler mit dem auswärtigen Amt zu vertauschen, so daß Herr von Neurath wieder als Botschafter nach London gehen könnte. Im übrigen soll aber nach diesen Kombinationen nicht viel an der bisherigen Zusammensetzung des Kabinetts geändert werden. Adolf Hitler scheint für eine solche Lösung gewonnen zu sein, denn die nationalsozialistische Parteiführung schreibt, der Führer der nationalsozialistischen Bewegung müsse vom Reichspräsidenten zur Führung eines Reichskabinetts der Persönlichkeiten berufen werden, das der Stärke und Bedeutung der Bewegung Rechnung trage.

In Berliner politischen Kreisen verweist man besonders auf den Ausdruck „Kabinetts der Persönlichkeiten“, der dem Begriff Präsidial-Regierung entsprechen würde, während die Nationalsozialisten bisher immer verlangt haben, daß sie allein die Macht übernehmen könnten. Man hofft in Berliner politischen Kreisen, die Ambitionen der nationalsozialistischen Partei dadurch befriedigen zu können, daß sie außer dem Reichskanzler Hitler auch noch einen Reichsinnenminister Gregor Straßer und vielleicht auch einen Reichsverkehrsminister Güring stellen darf. Beim Zentrum scheint man nicht abgeneigt zu sein, eine Regierung, in der die Nationalsozialisten maßgeblich vertreten sind, zu tolerieren. Dabei spielt die Ueberlegung eine Rolle, daß die Nationalsozialisten an die Verantwortung gekettet werden sollen. Das Zentrum dürfte allerdings gewisse Sicherungen verlangen, die einmal in der Festlegung einiger Richtlinien für den Kurs der Reichspolitik bestehen dürften und zum zweiten in der Forderung, daß nicht gleichzeitig auch der Posten des preussischen Ministerpräsidenten mit einem Nationalsozialisten besetzt werde. Klarheit über alle diese Fragen werden jedoch auch für die maßgebenden Persönlichkeiten erst die heutigen Besprechungen bringen und außerdem hat sich auch, wie offiziell betont wird, der Reichspräsident noch in keiner Weise festgelegt.

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts begann um 5 Uhr nachmittags und dauerte bis in die achte Abendstunde hinein. Nachdem der Reichskanzler über seine Besprechung mit dem Reichspräsidenten berichtet hatte, haben sich die Minister über die gesamte innenpolitische Lage ausgesprochen. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß Beschlüsse jedoch nicht gefaßt worden seien. Es sei nun die Aufgabe der nächsten Tage, die Lage durch Sonderungen bei Vertretern verschiedener Parteien zu klären. Dabei wird betont, daß diese Besprechungen vom Reichskanzler durchgeführt werden, wie überhaupt der Schwerpunkt der ganzen Verhandlungen augenblicklich bei ihm liege.

Zunächst hat der Reichskanzler Mittwochabend auch bereits Geheimrat Hugenberg empfangen. Am Donnerstag nachmittag folgt eine Besprechung mit den Zentrumsabgeordneten Joos und Holz, und obgleich ein Termin hierfür auch noch nicht angesetzt ist, so rechnet man doch damit, daß am Freitag auch Adolf Hitler zunächst vom Reichskanzler und dann vielleicht auch vom Reichspräsidenten empfangen werden wird.

In der Betonung der Tatsache, daß der Schwerpunkt der weiteren Verhandlungen bei Herrn von Papen liegt, ist

bereits die Feststellung enthalten, daß auch weiter nicht ein Kabinettswechsel, sondern nur eine Umbildung der Reichsregierung in Frage kommt.

In politischen Kreisen sieht man die Lage keineswegs in dem Sinne an, wie sie in einigen Berliner Abendblättern dargestellt wurde, als stehe die Beauftragung Hitlers mit der Kabinettsneubildung dicht bevor. Es wurde auch bereits eine fertige Kabinettsliste gebracht, in der Gregor Straßer als Reichsinnen- und Herr von Papen als Reichsaußenminister genannt waren. Diese Darstellung wird in gutunterrichteten politischen Kreisen mehr als wie voreilig bezeichnet. Die Widerstände und Schwierigkeiten, der eine Reichskanzlerschaft Hitlers begegnet, haben sich offenbar sehr erheblich verstärkt; dagegen hält man weiter daran fest, daß eine Beteiligung der Nationalsozialisten am Kabinetts wünschenswert ist, ohne daß der Charakter des Präsidialkabinetts verwischt wird.

In politischen Kreisen unterhält man sich auch bereits darüber, was nach dem Scheitern der Bemühungen um die nationalsozialistische Regierungsbeteiligung entstehen würde. Es ist anzunehmen, daß die Entwicklung dann wieder auf die parlamentarische Basis zurückverlegt sein würde. In diesem Falle wäre es selbstverständlich, daß noch einmal geklärt würde, ob die Möglichkeit einer neuen parlamentarisch fundierten Mehrheitsregierung bestehe. Sollte diese Prüfung negativ ausfallen, so wäre zweifellos ein Notstand gegeben, der den verantwortlichen Stellen die Pflicht auferlegt, auch unter diesen schwierigen Umständen ein geregelt und geordnetes Funktionieren des Reichs- und Staatsapparates sicherzustellen.

Der Reichspräsident hält an einer unabhängigen Präsidialregierung fest.

Berlin. (Funkpruch.) In den Erörterungen über die Frage einer Regierungs-umbildung beziehungsweise Bildung einer neuen Regierung wird von maßgebender Seite mit allem Nachdruck betont, daß der Reichspräsident an der Linie, von der aus er die bisherige Regierung berufen hat, unbedingt festhält, das heißt, an einer vom Parlament und von den Parteien sich abhebenden und unabhängigen Regierung. In den in Aussicht genommenen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern, von denen, wie gemeldet, Dr. Hugenberg bereits geklärt empfangen worden ist und für heute nachmittag der Empfang der Zentrumsführer in Aussicht steht, erfahren wir von zuständiger Seite, daß über eine Besprechung mit dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, der zur Zeit nicht in Berlin weilte, noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden ist, wenn auch Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß der Reichskanzler Adolf Hitler morgen empfangen wird.

Eine Erklärung Adolf Hitlers.

München. (Funkpruch.) Im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht Adolf Hitler folgende Erklärung: Durch die Presse gehen zur Zeit wieder romanthastische Schilderungen über die „Zersplitterung“ innerhalb der Führung der Nationalsozialistischen Partei und die „Opposition“, die von einzelnen Führern, Dr. Goebbels, Gregor Straßer usw., gegen mich getrieben werden soll. Die Nachrichten sind zu dumm, als daß man sie zu dementieren brauchte. Ich will hier nur bekanntgeben, daß ich mich nicht in Berlin in einem neuen Hauptquartier in der Radenstraße aufhalte, sondern mich seit Uebernahme des Bahnhofs zusammen mit Dr. Goebbels und den anderen Führern der Bewegung in den Bayerischen Bergen befinde. Welche Entschlüsse die Partei für die Zukunft getroffen hat, werden die neuerlichen Zeitungsschreiber noch früh genug erfahren.

Notverordnung und Regierungsbildung.

Forderungen des „Angriffs“.

1) Berlin. Der „Angriff“ schreibt zur neuen Notverordnung, wir wollen noch einmal eindeutig erklären, daß wir grundsätzlich für schärfstes Vorgehen gegen den roten Terror sind, wenden uns aber dagegen, wenn unter der Verordnung auch diejenigen leiden sollten, die in Notwehr und Verzweiflung zu den letzten Mitteln greifen. Vor allem aber muß die Notverordnung noch so scharfe Folgen

maßnahmen keine Verhinderung in Deutschland schaffen können, wenn man nicht gleichzeitig die wirtschaftliche und seelische Not des Volkes beseitigt.

Dazu ist aber allein der Nationalsozialismus in der Lage, und es muß daher die erste Konsequenz dieser Notverordnung darin bestehen, daß man nunmehr auch dem Nationalsozialismus die Regierungsführung überträgt.

Will man der gewalttätigen deutschen Volksbewegung weiterhin die Macht vorenthalten, die ihr zukommt, so schafft man dadurch nur immer neue Unruhschwerde. Es ist eine Unverschämtheit, uns heute noch zuzumuten, wir sollten uns mit dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichswehrministerium begnügen. Es gibt für uns nur zwei Möglichkeiten: entweder wir übernehmen die Regierungsführung oder wir bekämpfen diese Regierung so lange, bis uns unser Recht wird. Anechtlich würde ein Kampf gegen die Regierung unterdessen die sehr schnell in die Knie zwingen, da er von einer ungeheuren Volksbewegung getragen wäre und sie sich auf keine anderen Kräfte im Volke stützen könnte.

Die Frage der Regierungs-umbildung ist im Rollen, und wir können mit der bisherigen Entwicklung bei der Lösung dieses Problems zufrieden sein. Mit Invernehmen dürfen wir erwarten, daß der Führer die ganze Frage einer tatsächlichen Lösung entgegenzuführen wird. Die Dinge liegen für uns so günstig, und die Nachmittage, die Adolf Hitler in der Hand hält, sind so groß, daß wir keinerlei Anlaß haben, vorzeitig die Nerven zu verlieren. Wir können, nachdem wir so lange gewartet haben, auch noch die wenigen Tage warten bis zur endgültigen Entscheidung.

Der „Völkische Beobachter“ über „Entschlüsse“.

München. (Funkpruch.) Der „Völkische Beobachter“ bringt unter der Ueberschrift „Die Entschlüsse liegen ganz wo anders“ eine Meldung, wonach starke kommunistische Truppen sich in der Gegend von Berlin auf den Weg nach Berlin gemacht hätten. Auch über das Reichsbanner seien ähnliche Meldungen eingelaufen.

Initiative des Zentrums zur Regierungsbildung in Preußen.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags nunmehr die Initiative zur Konstituierung einer preussischen Regierung gegeben. Die Fraktion hat eine Einladung an die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen ergehen lassen, um am 13. August vormittags zur Aussprache über die Wahl eines Ministerpräsidenten und die damit zusammenhängende Bildung einer Regierung zusammenzukommen.

Reichsregierung gegen Amnestie.

10. Berlin. In der amtlichen Verlautbarung, von der die neue Notverordnung begleitet war, hat die Reichsregierung sich auch entschieden gegen politische Amnestien ausgesprochen. Wenn trotzdem der Landtag irgend eines deutschen Landes eine Amnestie für die unter die Notverordnung fallenden politischen Vergehen beschließen sollte, so wird die Reichsregierung, wie verlautet, die geeigneten Maßnahmen vorschlagen, um eine solche Amnestie unmöglich zu machen. Es wird betont, daß Reichspräsident und Reichsregierung alle verfassungsmäßigen Mittel ergreifen werden, um eine solche Amnestie zu verhindern. Allerdings besteht sich die neue Notverordnung nur auf Straftaten, die vom Mittwoch früh an begangen werden. Gegen Landesamnestien für Straftaten, die vorher begangen worden sind, läßt sich von Reichs wegen schwer etwas unternehmen, wenn solche Amnestien auch der Reichsregierung sehr unangenehm sein würden, da sie ihren Intentionen zuwiderlaufen. Der Reichsinnenminister selbst ist der Auffassung, daß in den letzten Jahren mit solchen Amnestien geradezu Unfug getrieben worden ist und daß solche Gnadenakte nur geeignet sind, Verwirrung in den Köpfen der Täter zu stiften. Es ist der Reichsregierung bekannt geworden, daß die Terroristen sowohl von rechts wie von links, die für die Attentate der letzten Wochen verantwortlich sind, vielfach unter sich davon gesprochen haben: „Uns kann ja nichts passieren, es kommt ja doch eine Amnestie!“ Bei dem Erlaß der Verordnung vom Dienstagabend hat deshalb die Reichsregierung mit Nachdruck betont, daß sich angesichts der in der Verordnung enthaltenen strengen Strafandrohungen niemand mehr darauf verlassen soll, daß diese Drohungen nicht wahr gemacht werden.